

Appell an die Exponenten der deutschen Umwelt- und Lebensschutzverbände ökologisch orientierten Parteien, grünen / bunten Listen und Bürgerinitiativen

Die Presse jubelt. Die etablierten Parteien sind wieder beruhigt: Die Öko-Bewegung ist als Wahlalternative zerfallen. Diejenigen, die von Anfang von einer Beteiligung am Parlamentarismus abrieten, fühlen sich bestätigt, die Befürworter sind frustriert. Ist der Traum vom Einzug in die Parlamente zu Ende?

Die nachstehend beschriebenen Anregungen einer spontanen Initiative von Mitarbeitern der Öko-Bewegung verstehen sich als Beitrag zur Überwindung dieses Zustands.

Wir gehen von folgenden Einschätzungen aus, aus denen sich konkrete Vorschläge ergeben:

1. **Einigkeit** besteht hinsichtlich der ökologischen Ziele, insbesondere in der totalen Ablehnung aller Formen von Atomenergie.
2. **Uneinigkeit** besteht in der Frage, ob die parlamentarische Mitwirkung überhaupt den Zielen der Bewegung dienen kann. Wir schlagen vor: Beteiligung am Parlamentarismus auf neuen, basisdemokratischen Wegen.
3. **Uneinigkeit** besteht insbesondere in der Beurteilung des bestehenden gesellschaftlichen Systems. Die Einen halten die Mittel, die dieses System (fdGO) ausgebildet hat, für ausreichend, die ökologischen und sozialen Probleme zu lösen, während die Anderen von der Notwendigkeit einer grundlegenden Weiterentwicklung der Freiheit und Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens aus den Ansätzen, die das Grundgesetz bietet, überzeugt sind.

Wir schlagen vor: Diese beiden unvereinbaren Strömungen müssen klar unterschieden, dargestellt und akzeptiert werden (aktive Toleranz). Als praktische Konsequenz regen wir an: Beide Strömungen mit ihren gegensätzlichen Programmen bilden eine gemeinsame, paritätisch besetzte Liste. Die Direktkandidaten treten als Partei- oder Listenfreie an.

Dies schafft die Einigkeit, die wir brauchen!

Es ist so: Noch sind „die etablierten Parteien die Nutznießer der Querelen unter den Grünen“ (Süddeutsche Zeitung, 5./6. August 1978), die sich in „Linke“ und „Rechte“ spalten und spalten lassen. Unsere Initiative zielt auf Vorschläge, durch die unsere Bewegung selbst der Nutznießer ihrer Querelen“, ihres produktiven Pluralismus sein wird. Beim VI. Achberger Jahreskongreß, dessen Arbeit dem Problem der Gefährdung der Menschenrechte aus militärischen, politischen, ökologischen, ideologischen und technologischen Gründen galt, haben wir - Wissenschaftler und politisch engagierte Mitarbeiter der ökologischen Bewegung — in einem Arbeitskreis die Ursachen der tragischen Zersplitterung dieser Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu analysieren und Vorstellungen über die Möglichkeiten zur Überwindung dieser Misere zu entwickeln versucht;

Fest steht: **Die Basis will die Erhaltung der Einheit** - gerade auch dann, wenn es gilt, die bisherigen Formen unseres Widerstands gegen die Zerstörung der Umwelt und des Lebens durch **parlamentarische Aktionen neuen Stils** zu unterstützen. Eine solche Unterstützung wird jedoch nur dann zustande kommen, wenn wir auch in diesem Fall den neuen Arbeits- und Verhaltensstil, der von der Bürgerinitiativbewegung entwickelt worden ist, voll zur Geltung bringen. Das heißt: An die Stelle des abgewirtschafteten Zentralismus der Großparteien, ihrer Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und ihrem Machtstreben müssen basisdemokratische, also die jeweils Betroffenen direkt einbeziehende Diskussions-Urteilsbildung- und Entscheidungsprozesse treten.

Unter diesen Voraussetzungen — und nur unter diesen -bejahen wir den Versuch, den Zielen der ökologischen Bewegung **auch parlamentarisch** Ausdruck zu verleihen. Dagegen müssen wir mit großem Ernst und allem Nachdruck ablehnen, was seit Monaten von einigen einflußreichen Exponenten praktiziert wird und zur Verunsicherung bis zur Selbstzerstörung der Bewegung führt.

Wir **appellieren daher an die Exponenten** der deutschen Umwelt- und Lebensschutzverbände, der ökologisch orientierten Parteien, Grünen und Bunten Listen, den Weg der Zersplitterung aufzugeben. Macht Schluß mit der Diffamierung und Diskriminierung Andersdenkender! Schüttelt ab die Klischees der Vergangenheit, durch die Menschen zu „Rechten“ und „Linken“, „Extremisten“ und „Spontis“, „Reaktionären“ und „Faschisten“ gestempelt werden. Dieser alte Stil ist mit unserer Bewegung unvereinbar, der es doch um das Erarbeiten und Verwirklichen eines ganz neuen Zivilisationsentwurfes geht - nämlich einer humanen und ökologisch orientierten Gesellschaft, die sich trennt von allen Formen der Ausplünderung der Erde, von Ausbeutung und Mißachtung des Menschen.

Darum **appellieren wir auch an die Basis der Bewegung** in den Bürgerinitiativen, in den vielfältigen Organisationen und Arbeitsgemeinschaften, unsere Aufforderung an die Exponenten zu unterstützen, sie mögen ab-

lassen von Eitelkeit, Rechthaberei und halsstarrigem Dogmatismus, die „Grünsten“ im Lande zu sein oder die „Ersten“. Der neue Stil muß unser Verhältnis untereinander und gegenüber der Öffentlichkeit auch im Kampf um parlamentarische Vertretung unserer Alternativen prägen. Andernfalls sind die Niederlagen vorauszusehen.

Eine Politik, die sich von den ökologischen Notwendigkeiten und von sozialer Vernunft leiten läßt, ist heute Voraussetzung zum Überleben. Wir werden dazu nur einen Beitrag leisten können, wenn **aktive Toleranz** unter abweichenden Ansichten aber auch **Klarheit und Wahrheit** über die jetzt noch sehr verschiedenen **gesamtpolitischen** Auffassungen der ökologischen Bewegung unser Handeln bestimmen.

Wir wissen, daß ein Appell an die derzeitigen Sprecher der ökologischen Bewegung allein nicht genügt, um die Einheit, ohne dies es zu keiner parlamentarischen Vertretung kommen kann, herzustellen. Wir kennen auch gut die Argumente der konkurrierenden Organisationen zur Rechtfertigung ihres Handelns. Diese Argumente haben sicher ihre jeweilige Berechtigung. Doch dabei stehen zu bleiben, wird in seiner Konsequenz zwangsläufig zum gegenseitigen Abjagen von Stimmen bei Wahlen und damit genau zu jener Zersplitterung der Kräfte führen, durch die die andere Seite die Mehrheiten gewinnt.

Ein Ausweg aus der schon eingetretenen Misere erscheint uns aber noch möglich. Eindringlich und getragen vom Bewußtsein der heutigen Gefährdungen des Lebens, der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit des Menschen, bitten wir alle Mitarbeiter, Exponenten und Freunde der Ökologie- und Alternativbewegung, folgendes zu überdenken:

I.

Der noch nicht überwundene Gegensatz, ob es richtig und eine Hilfe oder falsch und schädlich ist, ökologische Politik auch durch parlamentarische Mitwirkung zu verfolgen, schwächt die Kraft unserer Bewegung. Auch wir meinen, daß die parlamentarischen Institutionen für die neuen Wege nicht tauglich wären, wenn wir sie nach der Art der heute Herrschenden ansehen und handhaben würden. Doch gerade dies wollen wir nicht. Der hinderliche Gegensatz für und wider die parlamentarische Aktion läßt sich sicher schnell ausräumen und alle unsere Kräfte können für solche Aktionen zum Einsatz kommen, wenn wir klar machen, daß unsere Bewegung die parlamentarischen Institutionen auf engste Weise mit der Basisdemokratie verknüpfen wird. Die fruchtbaren, praktikablen und durchaus verfassungskonformen Vorschläge, die es dafür gibt, sollten schnellstens weiter geklärt und in unsere Wahlalternativen einbezogen werden.

So wichtig dieser Aspekt des neuen politischen Stils auch ist: Noch wichtiger ist unserer Ansicht nach, daß wir die Parlamente zunächst als zusätzliche Möglichkeiten der breiten öffentlichen Information über die Ziele und Wege unserer Bewegung nutzen. Und dies ist auf allen Ebenen — kommunal, in den Kreisen, den Ländern und im Bund — von der Wählerzahl her gesehen auf Anhieb dann zu verwirklichen, wenn wir mit einem, alle Strömungen der Öko- und Alternativbewegung umfassenden Wahlbündnis — also als Einheit aus der Vielzahl - antreten. Wir meinen, daß es eine historisch unentschuldbare Verantwortungslosigkeit wäre, diese Chance zu verspielen. Doch die Einheit wird nicht durch ein **Programm** hergestellt werden — weder durch die Theorie vom „Minimalkonsens“ noch durch „Ideologieverzicht“ oder Kompromißformeln.

II.

Worin also könnte im jetzigen Entwicklungsstadium die Einheit unserer Bewegung für den Fall der parlamentarischen Aktion insbesondere auf Länder- und Bundesebene bestehen? Oder anders gefragt: Worin besteht sie faktisch bereits und worin besteht sie (noch) nicht?

Einigkeit besteht in der konsequenten Ablehnung aller Atomenergie. Die Gründe dafür sind allen Mitarbeitern der Bewegung bekannt. Der Totalstop aller Atomenergie in unserem Land muß auch ein Ziel im legislativen Bereich sein, auf das wir alle unsere Kräfte konzentrieren.

Diese entschiedene Position sollte unserer Ansicht nach jedoch verbunden werden mit dem basisdemokratischen Ziel, die Entscheidung über pro und kontra durch eine Volksabstimmung — wie jetzt in Österreich für den Fall des AKW Zwentendorf — herbeizuführen. Eine solche Abstimmung ist natürlich **demokratisch** erst dann möglich, wenn das Für und Wider in allen Medien über einen hinreichend langen Zeitraum (z. B. 1/2 Jahr) intensiv **gleichberechtigt** diskutiert werden kann. Die verfassungsrechtlichen Einwände gegen diese Forderung sind uns geläufig. Dennoch sollte sie nach unserer Ansicht erhoben werden als Beispiel dafür, wie wir uns vorstellen, die Demokratie zu erweitern.

Ähnlich unumstritten wie die Opposition gegen die Atomenergie sind in der Bewegung noch eine Reihe weiterer ökologischer Ziele und allgemeiner neuer Entwicklungstendenzen. Da es sich an dieser Stelle erübrigt, näher darauf einzugehen, können wir — diesen Aspekt des Problems abschließend — feststellen, daß hinsichtlich der **spezifischen** ökologischen Notwendigkeiten auf breiter Front quer durch die Organisationen und Verbände hindurch Einigkeit besteht und die Einheit der Bewegung gesichert wäre, wenn wir uns nur auf diese — rein ökologische — Dimension der gesamten heutigen Problematik beschränken könnten. Aber dies ist objektiv nicht möglich, denn die ökologische Krise hat ja Ursachen, die mit den Staats- und Wirtschafts-

strukturen der bestehenden Gesellschaftssysteme zusammenhängen, und es ist auch subjektiv nicht der Fall. Denn die aktiven Gruppen und Organisationen nehmen ja direkt oder indirekt immer auch Stellung zu den grundlegenden Strukturfragen. Und bezüglich dieser Elemente der ökologischen Alternative besteht keine Übereinstimmung.

Es sind die den Gesamtbereich des Politischen abdeckenden oder ihn abdecken wollenden **Programme**, die die Uneinigkeit in unserer Bewegung zum Ausdruck bringen. In diese Programme sind Ideologien, Ideologiemische und Weltanschauungen verschiedenster Richtungen eingeflossen.

Realistisch betrachtet wird es nach unserer Ansicht nicht leicht sein — wenn überhaupt möglich —, für diese strukturellen (ökonomischen, geistigen und rechtlichen) Dimensionen der inzwischen aufgetretenen Programme einen gemeinsamen, das wirklich Wesentliche der jeweiligen Fragestellung treffenden Nenner zu finden. Wie kommen wir also aus dem Dilemma heraus?

Nach unserer Ansicht muß akzeptiert werden, daß auch **grundlegende** strukturelle **Alternativen** in der ökologischen Bewegung vertreten werden. Man kann auch nichts dagegen einwenden, daß diejenigen, die solche Gesamtkonzeptionen entwickelt haben, Anhänger für ihre Alternative gewinnen wollen. Die daraus bisher entstandenen Schwierigkeiten würden wir dann überwinden, wenn wir zu der Tatsache dieser Vielfalt eine positive Einstellung einnehmen.

Die **Einheit in der Vielfalt** ist dann erreichbar, wenn wir den Pluralismus akzeptieren, doch gleichzeitig mit Geduld gemeinsam daran arbeiten, auch für die Fragen der zukünftigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im ökonomischen, politischen und kulturellen Bereich Lösungen zu entwickeln, auf die wir gleichfalls die gemeinsamen Kräfte konzentrieren können.

Es ist an der Zeit, daß wir innerhalb der Bewegung und gegenüber der Bevölkerung *klar* und *wahrhaftig* deutlich werden lassen, worin sich die beiden Strömungen, die sich in der Öko-Bewegung begegnen, unterscheiden.

- In der einen Strömung dominiert die Ansicht, daß die Struktur des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems zwar durch Reformen verbesserungsbedürftig, **im Kern aber gesund** seien und erhalten bleiben müßten. Der Kapitalismus („soziale Marktwirtschaft“) wird hier also ebensowenig infrage gestellt, wie die repräsentative parlamentarische Parteiendemokratie („freiheitlich-demokratische Grundordnung“).
- In der anderen Strömung lebt dagegen die Ansicht, daß es für einen natur- und menschengerechten Weg der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung nötig sei,
 1. die Demokratie in basisdemokratischer Richtung weiterzuentwickeln und
 2. ein zur kapitalistischen wie zur staatsbürokratischen Wirtschaft gleichermaßen alternatives Wirtschaftsleben zu verwirklichen.

Beide Forderungen gehen von der Erkenntnis aus, daß die bestehende Ordnung **im Kern krank**, naturwidrig und menschenfeindlich ist und darum auch im Kern, d.h. strukturell verändert werden muß.

In der Notwendigkeit neuer **Werthaltungen** und **Lebensformen** (z. B. was das Konsumverhalten betrifft) stimmen beide Strömungen weitgehend überein.

Die **Strukturalternativen**, die ins Spiel gekommen sind, zeigen in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium schon manche tiefe Verwandtschaft, aber es gibt auch noch sehr grundlegende Fragen, die stark unterschiedlich gesehen werden.

Wenn heute in der Presse geschrieben werden kann, „der Traum der Grünen, als einheitliche Bewegung den Wählern eine brauchbare Alternative anzubieten“, sei „wie eine Seifenblase zerplatzt“ und die Schuld daran dann „in erster Linie“ jenen gegeben wird, „die unter dem grünen Deckmantel glaubten, die eigenen Farben verbergen zu können“ (Frankfurter Rundschau in einem Kommentar am 4. 8. 1978), dann zeigt sich daran, wie schädlich es für die Bewegung war, die Wahrheit des Vorhandenseins der gekennzeichneten zwei Grundströmungen nicht klar und offen zu bekennen und gerade auch dazu eine positive Grundeinstellung zu entwickeln. Nun hat die Verdrängung dieser Wahrheit innerhalb der Bewegung zur Zerstrittenheit und gegenüber der Bevölkerung zur Unglaubwürdigkeit, ja zu Mißtrauen geführt.

Es hat Stimmen gegeben, die uns immer wieder geraten haben, die Gesamtgesichtspunkte im Programatischen einfach auszuklammern, um so die Klippen gefahrlos zu umschiffen. Im Gegensatz dazu scheint uns das folgende unbedingt nötig zu sein:

Ab sofort *klar* und *wahr* über die unterschiedlichen Strömungen in der Öko-Bewegung zu informieren, *aktive Toleranz* in ihrem Verhältnis zueinander zu entwickeln und möglichst intensiv ständige Arbeitsbeziehungen untereinander zu pflegen mit dem Ziel, Übereinstimmung auch in den grundlegenden Fragen einer neuen Gesamtstruktur zu erreichen.

Solange die Übereinstimmung nicht erzielt ist, muß konsequent das vertreten werden können, was man für die richtige Lösung, die realistische Alternative hält — und zwar ohne daß man sich dadurch innerhalb der Bewegung ständig den bekannten Verdächtigungen und Diffamierungen („Extremisten“, „Radikale“, „Abenteurer“ usw.) ausgesetzt sieht.

Es ist für eine geistig offene und freie Bewegung unerträglich, mit seinen Zielen u. a. deshalb hinter dem Berg halten zu sollen, weil man mit ihnen angeblich die Bürger „verschrecke“, „die Leute vor den Kopf stoße“ usw. Nein! Machen wir redlich deutlich, daß es Alternativen, auch radikale Alternativen zu den bestehenden Systemen gibt! Bringen wir diese Dinge in die öffentliche Diskussion — wahr, klar, offen und freimütig; so nur nehmen wir uns alle gegenseitig und auch die ganze Bevölkerung ernst, so nur anerkennen wir die Mündigkeit aller. Andernfalls müßte man tatsächlich fürchten, daß wir vielleicht - im Kern — gar nicht so sehr anders sind als jene, die ihre Mitmenschen zum Objekt *ihrer* (heimlichen) Erziehung machen wollen. Wir meinen, daß *alle* reif sind, sich über *alle* grundlegenden Fragen des sozialen Lebens ein Urteil zu bilden.

Die vielfältigen Kräfte unserer Bewegung können von den etablierten, an ihrer Machterhaltung interessierten Kreisen nur solange in Mißkredit gebracht werden, als wir selbst nicht offen, ehrlich und freimütig genug z. B. auch die sozialistische Alternative, wie sie in unseren Reihen lebt, heraustreten lassen. Das Ganze muß zu seiner pluralistischen Vielfalt stehen, dann erst werden unsere Bemühungen glaubwürdig sein.

III.

Daraus folgt für den praktischen Weg der parlamentarischen Aktion, daß wir das Bündnis, die Einheit der Bewegung dann herstellen können, wenn die Wahllisten mit Vertretern der beiden Strömungen, von denen wir gesprochen haben, paritätisch besetzt werden.

In unsere Wahlalternative muß einerseits die Gemeinsamkeit unserer Überzeugung von der Notwendigkeit eines Totalstops aller Atomenergie und anderer unabdingbarer ökologischer Ziele einfließen, andererseits der Pluralismus in den Gesamtanschauungen.

Dieser Vorschlag würde von vornherein klarstellen, daß als feststehendes Wahlergebnis die beiden Hauptrichtungen der Öko-Bewegung in den Parlamenten je zur Hälfte vertreten wären, dort gemeinsam für eine ökologische Politik einträten, aber eigene Ziele in darüber hinausweisenden Fragen verfolgten. Der einzige Kompromiß, der in der jetzigen Entwicklungsphase der Bewegung eingegangen würde, wäre also der, unter Umständen an die andere ökologische Richtung einige Sitze abtreten zu müssen, weil man sich eben auf das Paritätsprinzip geeinigt hat. Faktisch können natürlich mehr Wähler von der einen oder von der anderen Richtung die Alternative gewählt haben. Da jeder Wahlpartei oder -liste für jeden Wahlkreis nur ein Direktmandat zusteht, wäre es für diesen Fall sinnvoll, die beiden Grundrichtungen der ökologischen Alternative durch jeweils eigene Kandidaten zur Geltung zu bringen, die dann allerdings partei- und listenfrei kandidieren müßten.

Wir glauben, daß in der jetzigen Situation dieser Kompromiß der einzig redliche und politisch realistische ist. Er ist offen dafür, daß die weitere Entwicklung auch andere Wege möglich macht. Jetzt ist das Nötigste, daß auch in den Parlamenten unsere Alternativen zur Geltung kommen. Wir meinen, daß das im Sinne unserer methodischen Vorschläge möglich wäre.

Wir bitten alle Organisationen und Gremien der öko- und Alternativbewegung unsere Vorschläge zu durchdenken und dazu Stellung zu nehmen. Zustimmungen und Anforderungen von Sonderdrucken erbitten wir an das Institut für Sozialforschung, 8991 Achberg.

Als augenblicklich breitestes Forum trat am Wochenende des 9. und 10. September der beim Troisdorfer Umwelttreffen ins Leben gerufene **Koordinierungsausschuß** zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Wir appellieren insbesondere an dieses Gremium, unsere Vorschläge in die Beratungen einzubeziehen und als Empfehlung zu verabschieden, die an alle in der Öko-Bewegung Engagierten gerichtet ist. Wir werden weitere Schritte vom Ausgang der Beratungen des Koordinierungsausschusses abhängig machen.

Um diesem Appell den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, bitten wir um starke Unterstützung unserer Vorschläge und möglichst zahlreiche Zustimmungserklärungen (Unterschriften). Wir bitten um Mithilfe bei der Verbreitung und Beteiligung an der Diskussion dieses Appells.

Sammelstelle der Unterschriftenlisten: Institut für Sozialforschung und Interentwicklung der Free International University, D 8991 Achberg, Tel. (08380) 471 u. 500. Beim Achberger Institut können weitere Exemplare dieses Appells angefordert werden.

Achberg, 6.8.78

Prof. Dr. Dr. Gustav Wellenstein (Freiburg), Dr. Peter Brandt (Berlin), Wilhelm Kraushaar (Aachen), Prof. Dr. Dr. Ossip K. Ftechtheim (Berlin), Dr. Willy Bierter (Kassel), Prof. Dr. Johannes Seiffert (Kassel), Horst Dannenberg (Ulm), Fritz Otto (Witten), Wolf Schenke (Hamburg), Anton Kimpfner (Freiburg), Ernst August Meyer (Bremen), Karl Hamrun (Hamburg), Friedrich Stremper (Weckelweiler), Wilfried Heidt (Achberg), Prof. Dr. Lothar Udert (Bochum), Hans Berstecher (Manolzweiler), Paul Klucka (Mülheim), Ursel und Wolf Friederich (München), Erwin Rappmann (Neustadt), Günther O. Schmidt (Bad Salzufflen), Bernhard Kühtz (Owingen), Ralf Gregor Kupper (Bonn), Max Himmelheber (Baiersbronn), Margarete Balcke (Kassel), Reinhold Hafner (Essersweiler), Peter Schata (Bahlings), u.v.a.m.